

Dr. Stephan Eisel
An der Vogelweide 11
53229 Bonn
stephan.eisel@gmx.net
(9. Juli 2017)

Beethovenhalle: Kosten explodieren, Zeitplan wackelt, Bürger wenden sich ab

Die Bonner Bürger haben sich längst von der Beethovenhalle abgewandt. Die alte Mehrzweckhalle wird von kaum jemanden vermisst: Private Investoren wollen mit Unterstützung der Stadt auf dem ehemaligen Schlachthofgelände für Rock- und Popkonzerte zwei Hallen mit 1750 bzw. 500 Plätzen errichten, das WCCB und verschiedene Hotels bieten Tagungs- und Veranstaltungsräume unterschiedlichster Größe an, das Beethoven Orchester Bonn spielt ab der nächsten Saison in der Oper, die traditionellen Karnevalsveranstaltungen haben längst im Maritim eine neue Heimat gefunden und in der Kategorie „Mehrzweckhalle“ gibt es zudem das städtische Angebot des Brückenforums und der Godesberger Stadthalle. Es ist kein Zufall, dass ein Betriebskonzept für die Beethovenhalle immer noch nicht vorliegt.

Zudem hat sich an der Spendenaktion für die Beethovenhalle praktisch niemand beteiligt: Im Dezember 2015 hoffte der Rat noch (per Beschluss) auf Spenden aus der Bürgerschaft in Höhe von 10 Mio. Euro. Gefolgt sind dem Aufruf bisher lediglich 177 Spender (Stand 8.7.2017). Die auf diesem Weg eingesammelte Summe dürfte trotz mehrerer von der Stadt finanzierten öffentlicher Plakataktionen bei weniger als 0,5 Prozent der erhofften Summe liegen.

Zugleich kommen fast im Wochentakt immer neue Meldungen über eine sich beschleunigende Kostenexplosion: Ohne dass substantielle Baumaßnahmen begonnen hätten, stiegen die prognostizierten Kosten seit dem Sanierungsbeschluss um durchschnittlich eine Mio Euro monatlich:

| | |
|--|----------------------|
| 07.04.2016 (Drs. 161 1089): | 53,4 Mio Euro |
| 22.09.2016 (Drs. 161 2370): | 59,9 Mio Euro |
| 19.01.2017 (Drs. 171 0337): | 61,5 Mio Euro |
| 26.05.2017 (Drs. 1711685): | 64,0 Mio Euro |
| 15.06.2017 (Stadtdir. Fuchs im GA): | 66,5 Mio Euro |
| 27.06.2017 (Drs. 1711685ST2): | 70,6 Mio Euro |

Kaum hatte der Rat in seiner Sitzung am 7. Juli 2017 die letzte Kostensteigerung ohne nennenswerte Gegenwehr zur Kenntnis genommen, meldete der General-Anzeiger am 8. Juli, dass eine einzige Spezialtiefbaufirma weitere Zusatzkosten verursacht: Sie erhält den Auftrag, obwohl er um etwa 1,2 Mio Euro über dem von der Verwaltung geschätzten Angebotsvolumen liegt. Der als Projektleiter erkennbar überforderte Stadtdirektor Fuchs hechelt diesen Entwicklungen hilflos hinterher.

Das zeigt auch beim Verwirrspiel um den Zeitplan. Im Blick auf das Beethoven-Jubiläum 2020 wurde von der Stadt bisher als Fertigstellungstermin der Baumaßnahmen immer der 2.11.2018 genannt. Die Ratsvorlage 1711685ST2 stellte dies am 27. Juni 2017 nun mit Konsequenzen für das Beethoven-Ju-

biläum offiziell in Frage. Wörtlich heisst es dort: „Die Projektleitung wird daher insbesondere die Fragen prüfen lassen, ob ein Verzicht auf geplante Funktionalitäten nennenswerte Einsparungen im Hinblick auf Projektkosten oder Projektdauer erwarten lassen. Ebenfalls soll bewertet werden, ob ein Bauherrnseitiges „Ausdehnen“ des Zeitplanes denkbar wäre, um durch eine Entzerrung der Vergabeprozesse wirtschaftlichere Angebote erhalten zu können. Da dies aufgrund der nach der Fertigstellung der Halle notwendigen Einpegelung und Einregulierung zwangsläufig Auswirkungen auf den Nutzungsstart haben dürfte, werden hierbei auch die Konsequenzen für das Beethovenfest 2019 und das Beethovenjubiläumsjahr 2020 dargestellt.“

Zwischen den drei Hauptbeteiligten (Objektplaner: Nieto Sobejano Arquitectos GmbH, Madrid/Berlin, Objektsteuerer: Drees und Sommer GmbH, Köln, Objektleiter: Stadtdirektor Fuchs, Bonn) gibt es erhebliche Konflikte. Der Objektplaner teilte eine fünfmonatige Zeitverzögerung mit, der Objektsteuerer bestreitet das, der Projektleiter teilt nach „Krisengespräch“ die Fertigstellung „wahrscheinlich im Dezember 2018“ mit – also zwei Monate als bisher geplant – und zwar bevor nennenswerte Bauarbeiten überhaupt begonnen haben. Das Vertrauensverhältnis zwischen den Beteiligten wird dadurch treffend beschreiben, dass die Verwaltung schon vor dem tatsächlichen Baubeginn dem Rat mitgeteilt, man prüfe „ob die Stadt möglicherweise auch Schadensersatzansprüche gegenüber dem Objektplaner realisieren kann.“

Obwohl jeder weiß, daß der bisher verkündete Zeitplan per dieser aufwendigen Sanierung im Altbau ebensowenig realistisch ist wie die Hoffnung auf stabile Kosten, verschließt der Rat bisher die Augen vor dem Desaster und steuert die Stadt im Tempo in die Sackgasse eines Millionengrabes. Dazu kommt ein Sanierungsbedarf von weit über 75 Mio Euro beim 53 Jahre alten Operngelände.

Angesichts dieses Desasters ist es Zeit für eine Notbremung: Es ist noch möglich, die Maßnahmen bei der Beethovenhalle so abzuspecken, dass dort entsprechend dem ursprünglichen (vom Rat leider abgelehnten) Vorschlag von OB Sridharan bis 2020 nur die Betriebssicherheit erhalten wird. Das wäre mit wenigen Millionen finanzierbar. Nach 2020 könnte man dann mit dem Abriss der Beethovenhalle an gleicher Stelle wie z. B. in Baden-Baden oder Bregenz einen – inzwischen vorbereiteten – gemeinsamen Neubau für Konzerte und Oper errichten. Nach dessen Fertigstellung und dem folgenden Abriss der Oper wäre für die Stadt die Vermarktung des lukrativen Operngeländes an der Kennedybrücke möglich. Das nordrhein-westfälische Denkmalschutzgesetz lässt dies ausdrücklich zu.

Die Vorteile dieses Konzeptes liegen auf der Hand:

- Die sicherlich bei weit über 150 Millionen Euro liegende und unkalulierbare finanzielle Doppellast der Sanierung von Beethovenhalle und Oper wäre vermieden und stattdessen mit einem Teil dieses Betrages ein modernes Gebäude zu erstellen.
- Eine integrierte Lösung würde die Betriebskosten reduzieren (ein Gebäude statt zwei).
- Die Vermarktung des Operngeländes würde Geld in die Stadtkasse bringen.
- Bonn käme endlich zu einem Konzertsaal, der der Beethovenstadt angemessen wäre.

Bei der Neuordnung der Bäderlandschaft – ein moderner Neubau statt der Sanierung zweier alter Schwimmbäder (!) - hatte der Rat den Mut für eine solche Zukunftsentscheidung und erhielt dafür sogar die Rückdeckung der Mehrheit bei einem Bürgerentscheid erhalten. Das sollte für die Beteiligten eine Ermutigung sein, auch bei den Kulturgebäuden ihre Verzagttheit zu überwinden.